



Aufruhr um Evaluierung der Frauenbeauftragten

Grazer SP-Frauenstadträtin unter Beschuss

Colette M. Schmidt

Graz – Die immer noch vakante Stelle der unabhängigen Frauenbeauftragten der Stadt Graz sorgt für Aufregung und Kritik an der Grazer Frauenstadträtin Martina Schröck (SPÖ).

Nachdem die Funktionsperiode der bisher fünften Grazer Frauenbeauftragten, Maggie Jansenberger, zu Ende ging, wurde die Stelle im Winter neu ausgeschrieben. Doch unter den Bewerbungen befanden sich keine Frauen, die der Jury, die zum Großteil vom überparteilichen unabhängigen Frauenrat der Stadt nominiert wird, geeignet schienen. Statt die mit 8. Februar abgelaufene Bewerbungsfrist zu verlängern, beschloss Schröck, die Stelle überhaupt zu „evaluieren“.



Stadträtin Martina Schröck will Neuausschreibung erst im Herbst. Foto: APA

Dem folgte ein Aufschrei in der Grazer Frauenszene. Graz hat eine feministische Tradition: 1986 gab es hier mit Grete Schurz die erste Frauenbeauftragte Österreichs. Schurz gründete auch den Frauenrat, in dem Frauen immer wieder über alle Parteigrenzen hinweg gemeinsam gegen Diskriminierung kämpften. In öffentlichen Briefen an Schröck kritisierten Frauenrechtlerinnen

und Gewerkschafterinnen diese, weil sie in der Evaluierung eine Infragestellung der Frauenbeauftragten per se sehen und ein „demokratiepolitisches Problem“ – so etwa Anne Rieger, Aktivistin vom Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB).

Schröck verteidigt sich nun in einem offenen Brief. In ihm stellt sie eine neuerliche Ausschreibung nach der von der Uni Krems durchgeführten Evaluierung im Herbst in Aussicht und wehrt sich gegen den Vorwurf, sie stelle eine Kosten-Nutzen-Rechnung auf. Schröck merkt in dem Brief aber auch an, dass es vor 28 Jahren zur Zeit der ersten Frauenbeauftragten „weder Beratungseinrichtungen für Frauen noch ein zuständiges Regierungsmitglied und auch kein Frauenreferat innerhalb des Magistrats“ gab. Eine andere politische Stelle, die parteifrei 80.000 erwachsene Grazerinnen vertritt, gibt es allerdings, abgesehen von der Frauenbeauftragten, bis heute auch nicht.